

# vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-BEZIRKS HESSEN-NORD



FOTO: STUDIO ORENDT



## Liebe Genossinnen, liebe Genossen.

Für die deutsche Sozialdemokratie endet das Jahr mit einer Zäsur. So hoffnungsvoll wie es begonnen hat, so intensiv geht es mit den Auswirkungen der verlorenen Bundestagswahl zu Ende. Umso mehr haben wir uns über die Solidarität der vielen neuen Mitglieder, die eingetreten sind und uns unterstützen wollen, gefreut. Das zeigt uns: die Sozialdemokratie wird gebraucht.

Der Prozess der Erneuerung hat begonnen.

Die Entscheidung der SPD, die Oppositionsrolle anzunehmen, war richtig. Das Scheitern der Jamaika-Gespräche verändert die Lage allerdings gewaltig. Union, Grüne und FDP, insbesondere aber Angela Merkel, sind gescheitert. Wir werden uns der Gesprächseinladung des Bundespräsidenten nicht entziehen. Ein Automatismus ist daraus aber nicht abzuleiten. Ein Weiter-so, wird es nicht geben. Die SPD hat inhaltliche und programmatische Ziele, die für die Entwicklung des Landes wichtig sind. Frau Merkel hat mit ihrem Versagen keine Rolle, aus der heraus sie Forderungen stellen kann. Jetzt heißt es, die Gespräche abzuwarten, in Ruhe nachzudenken und erst dann zu entscheiden. Bei der Dimension der Entscheidung ist dies eine Aufgabe des Bundesparteitags.

Angesichts der globalen Probleme braucht die Demokratie eine starke Sozialdemokratie. Durch die Ausbeutung der Umwelt, die steigenden Kriegsgefahren, die ungleiche Verteilung von unten nach oben, sowie eine veränderte Arbeitswelt, sind die Menschen verunsichert. Wir müssen die Ängste der Menschen ernst nehmen. Sie erwarten von uns Antworten und Orientierung. Nur so können wir die Menschen überzeugen, uns wieder zu vertrauen. Die kommende Landtagswahl bietet die Chance, Glaubwürdigkeit wieder herzustellen.

Niedersachsen hat es bewiesen, dass Wahlen trotz schwieriger Bedingungen gewonnen werden können. Das lässt uns hoffen und gibt uns Motivation, um den Landtagswahlkampf anzugehen. Die wichtigsten Themen, um die es gehen muss, sind bezahlbarer Wohnraum, Bildung, Mobilität, Digitalisierung und die Veränderungen der Arbeitswelt. Wir müssen den Stillstand der schwarz-grünen Landesregierung beenden. Es war die SPD, die Hessen bis 1999 zu einem starken wirtschaftlichen und sozialen Bundesland entwickelt hat. Schwarz-Grün steht für Stillstand und hängt in den Zukunftsfragen hinterher. Hessen braucht wieder eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung und für die Zukunft einen Hessenplan.

Bei uns wird es darauf ankommen, die breite Verankerung der SPD in Nordhessen zu festigen und weiter zu verstärken. Dies ist die Grundlage für die Stabilisierung unserer Position in unserer Region und gleichermaßen die Basis, um 2018 in Hessen die Regierungsverantwortung zurück zu gewinnen. Dafür lasst uns kämpfen.

Ich wünsche Euch und Euren Familien ein friedliches und frohes Weihnachtsfest. Genießt die Tage der Stille und Ruhe, um zu neuer Kraft zu kommen. Herzlichen Dank für Euer Engagement, Eure Unterstützung und Eure Solidarität, auf die die Partei nicht verzichten kann. ■

Euer

  
Manfred Schaub  
Bezirksvorsitzender



Die Preisträger des Ehrenamtspreises 2017 mit dem Bezirksvorsitzenden Manfred Schaub.

FOTO: ELFI HEUSINGER VON WALDEGGE

## EHRENAMTSPREIS DES SPD-BEZIRKS HESSEN-NORD

**I**m Rahmen einer Feierstunde hat der SPD-Bezirk Hessen-Nord den in diesem Jahr zum achten Mal ausgelobten Ehrenamtspreis in der Stadthalle in Baunatal an die ausgewählten Preisträger vergeben.

Bezirksvorsitzender Manfred Schaub erläuterte: „Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement ist Ausdruck gelebter Solidarität. Durch freiwillige Arbeit in Vereinen, Organisationen und Initiativen erfahren, erlernen und praktizieren Menschen Gemeinschaftsempfinden, Fairness und Toleranz – Werte und Tugenden, die für den Zusammenhalt der Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind. Soziales Handeln und solidarische Mitverantwortung im alltäglich gelebten Engagement stärken nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern entsprechen auch den Idealen der SPD von Gerechtigkeit und Solidarität. Ohne Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren. In einer Zeit, in der immer weniger bereit sind, sich zu engagieren, verdient das besondere Anerkennung.“ Deshalb will die SPD mit dem Preis für besonders herausragendes freiwilliges Engagement das Ehrenamt würdigen und fördern.

Im achten Jahr der Preisvergabe war es den nordhessischen Sozialdemokraten ein Anliegen, die große Bedeutung der Arbeit zur Festigung des europäischen Gedankens und der Förderung von Freundschaft, Toleranz und Frieden auf unserem Kontinent herauszustellen und das vielfältige ehrenamtliche Engagement unter dem Titel „Europäische Initiativen“ zu würdigen.

„Gerade in Zeiten von nationalistischen Tendenzen, ist es wichtiger denn je, dass es Bürgerinnen und Bürger gibt, die sich für den europäischen Gedanke aktiv einsetzen. Oft unsichtbar, engagieren sich seit vielen Jahrzehnten Bürgerinnen

und Bürger in Partnerschaftsvereinen, bei Schüleraustauschen und bei vielen weiteren europäischen Initiativen. Dass die Idee des Friedens und der Völkerverständigung in Europa seit über 70 Jahren erfolgreich ist, haben wir insbesondere auch dieser Arbeit zu verdanken“, unterstrich die Stellvertretende Bezirksvorsitzende und nordhessische Europaabgeordnete Martina Werner die besondere Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements in diesem speziellen Aufgabenfeld.

Unter dem Vorsitz Martina Werners hat eine Jury aus einer Vielzahl von Vorschlägen acht Preisträger ausgewählt. Besonders ist in diesem Jahr, dass die Europaabgeordnete Martina Werner das Preisgeld für die Initiative Pulse of Europe persönlich übernimmt. Damit will sie den Ansatz und die intensiven Bemühungen der Initiative Pulse of Europe hervorheben und besonders würdigen, die den immer stärker aufkeimenden rechtspopulistischen antieuropäischen Parteien und Tendenzen eine Bewegung für Europa entgegengesetzt.

Juryvorsitzende Martina Werner und Bezirksvorsitzender Manfred Schaub benannten die Preisträger und würdigten ihr Engagement.

Anschließend stellten die Preisträger selbst ihre Arbeit vor und gaben einen kurzen Einblick in ihr vielfältiges Wirken vor Ort.

Ausgezeichnet wurden die Initiative Pulse of Europe in Kassel, der City-Club in Baunatal Hertingshausen, der Touristenverein „Die Naturfreunde“ Fürstentagen, der Städtepartnerschaftsverein Felsberg, die Partnerschaftsvereinigung Battenberg/Eder, der Verein Partnerschaft und Kultur e.V. in Lohra, der Freundeskreis Italien e.V. in Hofbieber und der Sportverein Rotensee/Wippershain 1946 e. V. ■



**Manuela Strube mit Ehemann Christian und den Kindern.**

FOTO: PRIVAT

Manuela Strube hat ihr Wahlkreisbüro im Kasseler SPD-Haus. Ihr Mitarbeiter Andreas Heusinger von Waldegge steht gern unter 0561 / 70010-29 oder E-Mail: info@manuela-strube.de für alle Anfragen zur Verfügung. Auf www.manuela-strube.de gibt es aktuelle Informationen.

**N**achdem Timon Gremmels das Direktmandat für den Bundestag souverän gewonnen hat, zog Manuela Strube am 1. November 2017 in den Hessischen Landtag ein. Voller Tatkraft und hoch motiviert will die 37-Jährige an den hervorragenden Einsatz ihrer Vorgänger Manfred Schaub, Ulrike Gottschalck und Timon Gremmels anknüpfen.

In Wiesbaden ist sie bereits angekommen und hat schon verdeutlicht, wo sie

## LANDTAGSABGEORDNETE UND FAMILIENMANAGERIN

### Manuela Strube MdL stellt sich vor

Akzente setzen will. So stehen bei ihr soziale Gerechtigkeit und Bildungschancen, Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit und Landesmittel für die Städte und Gemeinden ganz oben auf der Agenda. Auch der Ausbau und Erhalt von Infrastruktur ist ihr wichtig und sie kann sich ziemlich aufregen, dass das Land beim Straßenbau trödelt und den Lärmschutz vernachlässigt.

Herunterhängende Mundwinkel? Sind von Manuela Strube nicht bekannt. Das liegt an ihrer entschlossenen und pragmatischen Art. „Ich will schnell zu Lösungen kommen und halte mich nicht gern lange mit Vorreden auf.“ Nur wer sich einsetzt, erreicht etwas! Das ist ihr Antrieb für die langjährige ehrenamtliche Tätigkeit für die SPD. Seit 2005 engagiert sie sich im Ortsverein Baunatal-Kirchbauna, im Stadtverband und im Magistrat der Stadt Baunatal.

Baunatal ist ihre Heimat. Dort lebt sie mit ihrem Ehemann Christian und den Kindern Letizia und Leon. Der Spagat zwischen Wiesbaden und Familienleben schreckt sie nicht. „Ich habe ja nach kurzer Babypause immer als Fallmanagerin beim Jobcenter der Stadt Kassel gearbeitet und alles hinbekommen, das wird auch in Wiesbaden funktionieren. Wenn ich im Job bin, dann volle Konzentration darauf und wenn ich zuhause bin, dann Trubel aber auch Entspannung mit der Familie.“ Gerade die Erfahrung, erfolgreiche Familienmanagerin, will Manuela Strube mit nach Wiesbaden nehmen. Denn sie weiß, wie der ganz normale „Alltagswahnsinn“ von Familien aussieht.

Nur wer sich einsetzt, erreicht etwas! Das wird auch das Motto der zielstrebigsten Baunatalerin für den Landtag sein. Volle Kraft voraus, für den Wahlkreis und für Hessen! ■

## TIMON GREMMELS IN TURBULENTEN ZEITEN IN BERLIN ANGEKOMMEN

**M**ein Wechsel aus dem Landtag in den Bundestag fand in bewegten Zeiten statt. Grosse Freude stellte sich am Wahlabend trotz bestem Erststimmenergebnis aller hessischen Bundestagsabgeordneten und einem Abstand von sieben Prozent zum SPD-Zweitstimmenergebnis bei mir nicht ein, zu gross war der bundesweite dramatische Absturz auf 20,5 Prozent. Die klare Absage an eine GroKo noch am Wahlabend war richtig. Sie war die Grundlage für den Wahlsieg der niedersächsischen SPD drei Wochen später. Außerdem hatten Grüne, FDP und Union einen klaren Regierungsauftrag. Festzustellen bleibt: Merkel hat es nicht geschafft, eine Jamaika-Regierung zu bilden. Sie ist grandios gescheitert.

Ein GroKo-Automatismus und der Ruf nach Neuwahlen sind nicht die einzigen Alternativen. Eine Minderheitsregierung muss ebenfalls ernsthaft sondiert werden. Sie bietet eine Chance das Parlament als Ort der Entscheidung wieder zu stärken. Wichtig ist, die Parteibasis eng einzubinden. Ein Mitgliederentscheid ist unerlässlich. Das braucht Zeit. Die haben wir. In der geschäftsführenden Bundesregierung tragen SPD-Minister Verantwortung. Der Bundestag ist konstituiert und arbeitsfähig.

Die bisherige wochenlange Hängepartie habe ich genutzt, um mein Wahlkreisbüro in Kassel zu erweitern und Antrittsbesuche zu absolvieren. Wie auch immer es in Berlin weitergeht: Ich will



einen engen Austausch mit der Basis und eure Meinungen und Themen mit nach Berlin nehmen. Ich bin motiviert und freue mich, wenn wir endlich Politik für die Menschen machen können, die die SPD brauchen, weil sie ohne uns keine Stimme haben. ■

**Büroeinweihung: Timon Gremmels, Mitarbeiter Florian Hammer und Gäste.**

FOTO: BÜRO GREMMELS

## TRAUER UM DR. WERNER NEUSEL

**D**ie nordhessische SPD trauert um Dr. Werner Neusel, den ehemaligen Regierungsvizepräsidenten, langjährigen sozialdemokratischen Kommunalpolitiker, engagierten Streiter für die Grimm-Gesellschaft und über viele Jahre hochgeschätzten Vorsitzenden der Schiedskommission unseres Bezirks, der nach schwerer Krankheit im Alter von 74 Jahren verstorben ist.

Werner Neusel hat in der gesamten Region, in der nordhessischen Sozialdemokratie und natürlich in seiner Heimatstadt Baunatal viele Spuren hinterlassen.

Seit 1962 gehörte er der SPD an.

1997 war der Jurist zum Vizepräsidenten im Kasseler Regierungspräsidium berufen

worden.

Sein Wirken im Beruf wie auch in seinem politischen Engagement war geprägt von dem Bestreben praktikable zumeist einvernehmliche Lösungen zu erzielen. Das machte ihn zu einem allseits beliebten Vorgesetzten und einem über Parteigrenzen hinweg anerkannten und geschätzten Politiker. Werner Neusel bezeichnete sich selbst als einen Freund des politischen Kompromisses. Eindrücklich bewies er das über viele Jahre in seiner Heimatstadt Baunatal, wo er seit 1972 Stadtverordneter war und von 1993 bis 2006 mit viel Geschick, Charme und auch Humor das Parlament leitete und sich in fast drei Jahrzehnten Kommunalpolitik auf vielfältige Weise in

die städtische Gemeinschaft einbrachte: durch sein Engagement für die Städtepartnerschaften, die Musikschule, den KSV Baunatal und viel weitere Gremien.

Im SPD-Bezirk war Werner Neusel von 2001 bis 2017 Vorsitzender der Schiedskommission, eine Funktion, die weitere Ämter in der Partei ausschloss. Sachlich, pragmatisch, mit hohem Sachverstand und auch großer Empathie hat er zahlreiche oft schwierige Verfahren zu einem guten Abschluss gebracht.

Werner Neusel hinterlässt eine große Lücke. Er war ein hilfsbereiter Ratgeber, ein verlässlicher und warmherziger Partner und ein treuer Weggefährte. Wir werden ihn sehr vermissen. ■



**Dr. Werner Neusel**

FOTO: STADT BAUNATAL

## HESSEN ZUSAMMENHALTEN

### Nordhessen stark vertreten im neuen Landesvorstand

**M**it starken Ergebnissen haben die nordhessischen Sozialdemokraten beim Landesparteitag in Frankfurt ihren Einfluss in der hessischen SPD deutlich gemacht.

Sowohl bei den Personalentscheidungen wie in der inhaltlichen Diskussion hat sich der SPD-Bezirk Hessen-Nord, der ein Drittel der 350 Delegierten stellt, sehr gut präsentiert.

Mit herausragenden 83 Prozent der Stimmen wurde der nordhessische Bezirksvorsitzende Manfred Schaub erneut zum stellvertretenden Vorsitzenden der Hessen-SPD gewählt.

Beisitzer im neugewählten Landesvorstand sind künftig Kirsten Fründt (Marburg), Timon Gremmels (Niestetal), Rosa Maria Hamacher (Gudensberg), Michael Roth (Heringen), Susanne Selbert (Kassel), Dr. Thomas Spies (Marburg) und Torsten Warnecke (Bad Hersfeld).

„Nach dem bitteren Wahlergebnis am 24. September war die Entscheidung der SPD, die Oppositionsrolle anzunehmen, richtig. Das Scheitern der Jamaika-Gespräche verändert die Lage allerdings gewaltig. Die bei Jamaika beteiligten

Parteien, insbesondere aber Angela Merkel und ihre Art, ständig nur moderieren zu wollen, sind gescheitert. Deshalb wird sich die SPD der Gesprächseinladung des Bundespräsidenten nicht entziehen, ohne daraus einen Automatismus ableiten zu lassen“, bewertete der nordhessische SPD-Bezirksvorsitzende Manfred Schaub die aktuelle Situation im Bund und fügte an: „Ein Weiter-so, wird es nicht geben. Die SPD hat inhaltliche und programmatische Ziele, die für die Entwicklung des Landes wichtig sind. Frau Merkel hat mit ihrem Versagen keine Rolle, aus der heraus sie Forderungen stellen kann.“

„Mit dem Aufschlag der Programmdiskussion für die Landtagswahl 2018 hat der Parteitag erste Festlegungen getroffen, welche Prioritäten die SPD setzen will, um Hessen im Konzert der Bundesländer von den hinteren Plätzen wieder in eine Spitzenposition zu führen, von der die Bürger im Ballungsraum aber insbesondere auch im ländlichen Raum profitieren sollen. Die Verabschiedung des Leitantes Für einen Hessenplan 2.0 – 2018 wird den schwarzgrünen Stillstand beenden“, zog Manfred Schaub ein erstes Resümee.

Dafür sei die öffentlich geförderte Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums unverzichtbar ebenso die Gewährleistung von Mobilität durch den Ausbau der notwendigen Verkehrsinfrastruktur, insbesondere eines erschwinglichen öffentlichen Nahverkehrs.

Gestaltungswillen und Verantwortung zeige die SPD gerade in dem Ziel, gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land zu schaffen. Das beinhalte u.a. eine gute digitale Infrastruktur, ein gutes und wohnortnahes Schulangebot, den stetigen Ausbau der Kinderbetreuung und die Einrichtung von mehr echten Ganztagschulen. Gerade für den ländlichen Raum werden Gesundheits-/Nahversorgungszentren der drohenden Unterversorgung entgegengesetzt.

Um den Städten und Gemeinden Handlungs- und Planungssicherheit für die nächsten Jahre zu ermöglichen, gelte es, solide und zukunftssichere Einnahmen für die kommunale Familie bereit zu stellen. „Das finanzielle Ausbluten der Kreise, Städte und Gemeinden ist ein grundfalscher Weg, den die SPD in Regierungsverantwortung beenden wird“, kündigte Schaub an. ■

### GLÜCKWUNSCH!

**Heinrich Schmidt**  
aus Heringen  
zum 101. Geburtstag

**Friederike Kühnert**  
aus Vellmar  
**Friedrich Rippe**  
aus Helsa  
zum 95. Geburtstag

**Karl Heinz Meier**  
aus Fronhausen  
zu 65 Jahren  
Parteimitgliedschaft ■

### IMPRESSUM

#### Herausgeber:

SPD-Bezirk Hessen-Nord  
Humboldtstr. 8 A  
34117 Kassel  
Fon 0561/7001013  
Fax 0561/7001088  
bezirk.hessen-nord@spd.de  
www.spd-hessen-nord.de

## SPD UND JUSOS FRANKENBERG ERINNERTEN AN POGROMNACHT UND JUDENDEPORTATION

Am 7. September 1942 werden die restlichen Juden aus dem Regierungsbezirk Kassel nach Theresienstadt abgeschoben“, hieß es in dem Befehl der Geheimen Staatspolizei Kassel. Bereits am Tag zuvor mussten die letzten noch lebenden Frankfurter Juden in den Zug steigen.

An den Beginn einer qualvollen Reise dieser Menschen zum todbringenden Ghetto vor 75 Jahren erinnerten die Frankfurter Sozialdemokraten auf Einladung der Landtagsabgeordnete Dr. Daniela Sommer zu einer öffentlichen Veranstaltung über „Wegschauen oder Widerstand“.

Die „Stolpersteine“ für den Textilkaufmann Jacob Katzenstein, seine Ehefrau Rosalie geb. Weizenkorn und ihre Schwester Hedwig Weizenkorn waren zuvor für die Frankfurter Jungsozialisten Treffpunkt zu einem Rundgang

durch die Stadt. Dabei reinigten sie die 38 kleinen Messingplatten mit den Daten aller von dem NS-Regime ermordeten Frankfurter Bürger und verlasen jeweils die vom dazu verfassten Kurztexthe. „Wir wollen diese Gedenkarbeit auch künftig alljährlich ganz praktisch mit Lappen und Putzmittel in Erinnerung an die Reichspogromnacht weiterführen“, versprach Juso-Vorsitzende Jessica Heß.

Am Beispiel von Kaufmann Katzenstein machten die Jusos deutlich, was die Misshandlung und Verschleppung der jüdischen Familienväter nach der Pogromnacht 1938 in das KZ Buchenwald bedeutete, wie auch die Deportation vier Jahre später in das NS-Ghetto Theresienstadt. Innerhalb der ersten drei Monate kamen dort alle drei Familienmitglieder Katzenstein durch Hunger und Krankheit um.

„Die Zivilcourage hat heute abgenom-



men, es gibt wieder Leute die wegschauen. Wir sollten stärker zusammenhalten und sozial agieren!“, warnte die Dr. Daniela Sommer. ■

FOTO: JUSOS FRANKENBERG

Ein Kleiderbügel aus dem Modehaus Katzenstein ist einziges Erinnerungsstück an die jüdische Kaufmannsfamilie.

## WAHLKREISREFORM DROHT VERFASSUNGSWIDRIGKEIT

Torsten Warnecke MdL: Fachleute lehnen Gesetzentwurf ab

Auf einhellige Ablehnung stieß das von den Fraktionen der CDU und Bündnis90-Grüne in den Landtag eingebrachte Gesetz zu einer Wahlkreisreform bei den Anzuhörenden im Innenausschuss des Landtages. Dabei wiesen die Experten nicht allein auf das Problem der letzten Erhebung der Wahlberechtigten hin. Diese betrifft das Jahr 2015. Zur Landtagswahl drei Jahre später, 2018, seien diese Zahlen gewiss überholt.

Der Neuzuschnitt von Wahlkreisen, um daraus erkennbar parteipolitische Vorteile zu ziehen, sei schlicht verfassungswidrig. Darauf wies Professor Martin Will aus

Wiesbaden hin. Dieses in den USA mit dem Begriff „Gerrymandering“ beschriebene Vorgehen, hebele die Neutralität des Gesetzgebers aus.

Bemängelt wurde zudem die fehlende Einzelbegründung für das Verschieben von Kommunen von Professor Rainer Hoffmann (Frankfurt). Die Bürgermeister zeigten sich als Sachverständige verwundert darüber, dass angeblich die Zahl der Wahlberechtigten nicht aktueller als 2015 zu erheben sei. Es hätten doch gerade Bundestagswahlen stattgefunden. Deren Wahlregister seien gewiss auf die Anforderungen von Landtagswahlen

anzupassen.

Der Bad Hersfelder Landtagsabgeordnete Torsten Warnecke (SPD) ist irritiert über die Situation, wonach der Innenminister noch im Frühjahr dezidiert keinen Handlungsbedarf sah. Nunmehr aber wollen die beiden Regierungsfractionen sich auf einen unsicheren Weg machen, der gewiss keine breite parlamentarische Mehrheit erhält. „Ist doch nicht ausgeschlossen, dass mindestens Teile des Wahlgesetzes verfassungswidrig sein werden“, zeigt sich Warnecke erschrocken über das Vorgehen der schwarz-grünen Fraktionen. ■



Torsten Warnecke

FOTO: BÜRO WARNECKE

## LANDESWEITE STRUKTUR VON SCHUTZEINRICHTUNGEN IST NÖTIG

Mehr Schutz für Mädchen und junge Frauen

Die Schottener Soziale Dienste GmbH hat mit der Übernahme von Violeta die Fortführung dieser wichtigen pädagogischen Arbeit der Jugendhilfeeinrichtung für Mädchen und junge Frauen, die Gewalt, insbesondere auch sexualisierte Gewalt erfahren haben, in Osthessen gesichert.

Die Geschäftsführung berichtete auf Einladung der Landtagsabgeordneten Sabine Waschke und Lisa Gnadl über ihre Motivation, sich als regionaler Träger zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Auch nahmen Mitglieder der osthessischen Initiative gegen Gewalt im Namen der Ehre teil.

Die Gesprächsteilnehmer sehen einen regionalen und überregionalen Bedarf zum Schutz von Frauen, insbesondere wenn sie von Gewalt im Namen der Ehre bedroht sind. Notwendig sind vor allem in ländlichen Regionen niedrigschwellige Angebote wie Mädchentreffs als Zugang für Frauen zum Hilfesystem. Auch müsse über das Phänomen umfangreicher informiert werden.

Dringenden Handlungsbedarf gebe es für Mädchen und Frauen mit Fluchtgeschichten, die in Gemeinschaftsunterkünften mit Männern nicht immer adäquat untergebracht werden können. Sabine Waschke will sich für die Einrichtung



einer adäquaten Unterkunft für Frauen einsetzen.

Notwendig sei, so Waschke, der Aufbau landesweiter Strukturen für stationäre Krisen- und Schutzeinrichtungen für betroffene Mädchen und jungen Frauen. Dies sollte analog der LAG Frauenbüros, der LAG Frauenhäuser oder der Täterarbeit geschehen. ■

Die Landtagsabgeordneten Sabine Waschke und Lisa Gnadl mit Vertreterinnen der Initiative Violeta.

FOTO: BÜRO WASCHKE